

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsschafft
Tageblatt Riesa.
Germann Str. 20.
Postfach Nr. 52.

Postredaktion:
Dresden 1390.
Girokasse:
Riesa Str. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Nr. 89.

Mittwoch, 15. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Zustromes von Produktionsverzweigungen, Schätzungen des Wöhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemärke für das Erstellen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundsatz ist die 29 mm breite, 3 mm hohe handschriftliche (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Gewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Ausdruck in Kontext gebracht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeilage "Gründer der Elbe". — Um feste höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Geschäftsbereichungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionsschafft und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießelstraße 30. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Lage am gestrigen Abend.

Von unserem Berliner Vertreter.

Man kann es wohl nun mehr als feststehende Tatsache ansehen, dass der Reichstag Ende März, also noch vor den ordentlichen Erledigung des Hauses, aufgelöst wird und die Neuwahlen am 1. Mai stattfinden. Man wird außerdem auch vorher noch das Gesetz gegen die Splitterparteien, das Liquidationsabschärfegesetz und die Kreditbüro für die Handwerker erledigen, also ziemlich zeitnah Tisch machen. Hebrig wäre demnach von dem Programm, dass sich die Reichsregierung gestellt hat, die Strafrechtsreform und — natürlich — das Schulgesetz gebilidet. Bei der Strafrechtsreform wird geplant, durch ein Uebergangsge- setz dafür Sorge zu tragen, dass die bisherige Ausübungswelt wenigstens nicht ganz unter den Tisch fällt und man nach den Neuwahlen wieder völker von vorn anfangen muss.

Bliebe also das Reichsschulgesetz. Es ist von vornherein klar gewesen, dass hier die eigentliche Klappe lag, die die Regierungskoalition umschiffen musste, wenn sie ihre Fahrt fortführen wollte. Nun ist Schätzungen davon gescheitert ist, darf man wohl die Frage aufwerfen, ob nicht die Verhandlungen der letzten Wochen mit ihrem Ein und Herr hätten vermieden werden können, wenn sich das Zentrum von vornherein über die Haltung der Deutschen Volkspartei von Klarheit versetzt hätte. Der Vorbehalt, den Curtius und Stresemann in der entscheidenden Kabinettssitzung vor Einführung des Schulgesetzes gemacht haben, ist als Alarmzeichen scheinbar doch nicht in seiner tatsächlichen Bedeutung gewürdigt worden. Eine andere Frage ist, ob die Verhandlungen wohl so hoffnungsvoll gefahren wären, wenn nicht alle Parteien bereits unter einer gewissen Wahlplattform hätten, so dass die Rückflucht auf die Polemik der Flugblätter und der Zeitartikel den Unterbändlern das Konzept verdorbt.

Das Logische wäre nun eigentlich, dass Reichsschulgesetz in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Das wird aber kaum der Fall sein. Erstens einmal lebt dies die Deutschnationale Volkspartei unseres Wissens folgerichtig ab, da sie darin von ihrem Standpunkt aus keine sehr aussichtsvolle Wahlstrategie erachtet, und weiter würde man weder bei der Volkspartei noch beim Zentrum während des Wahlkampfes in Auseinandersetzungen zu geraten, die ein künftiges Zusammengehen erschweren müssten. Man kann sich allerdings nicht versetzen, dass im Laufe der letzten Tage auch andere Ausschüsse Boden gewonnen haben, und, soweit wir unterrichtet sind, haben zwischen Vertretern des Zentrums, der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei Verhandlungen stattgefunden, ob es nicht möglich wäre, für den Wahlkampf unter der Parole „Für ein christliches Schulgesetz“ eine Einheitsfront zu bilden. Vorläufig steht jedoch die Mehrheit der Zentrumskoalition dieser Bestrebungen einen so starken Widerstand entgegen, dass sie kaum zu einem positiven Bündnis verbünden dürften.

Neues Schlichtungsverfahren für die Metallindustrie.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat sich mit Mühe aus die drohende Ausdehnung des Kampfes entzweit, von Umlösungen ein neues Schlichtungsverfahren für die mitteldeutsche Metallindustrie eingeleitet. Die Verhandlungen werden voransichtlich am Freitag, 27. Februar fortgesetzt.

Der deutsche Metallarbeiterverband zum Ausvertragsbeschluss der Unternehmer.

Stuttgart. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte gestern seine Gauleitungen zu einer Sitzung nach Stuttgart einberufen, um zum Beschluss des Gesamtverbandes Deutscher Metallarbeiterkreis betreffend die Ausvertragung in der gesamten Metallindustrie Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Wie wir von der Versammlungseröffnung erhielten, lagen bis abends acht Uhr noch keine endgültigen Beschlüsse vor. Es war wohl von der Zeitung eine Entscheidung vorgelegt worden, doch wurden aus der Versammlung heraus noch Aufnahmen gestellt. Die Debatte ging daher heute sehr weit.

Berlin. (Funkspurk.) Wie mitgeteilt wird, ist zum Schlichter im mitteldeutschen Metallarbeiterkreis der Schlichter für Thüringen, Sachsen, bestellt worden. Die Parteien sind für die nächsten Tage nach Berlin geladen.

Stuttgart. (Funkspurk.) Die gestern einberuene Tagung des deutschen Metallarbeiterverbands, die heute mittag ihren Abschluss fand, hat einmütig eine Entschließung angenommen, in der u. a. weitreichende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Städte, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbeherrschung, Abbau der Höhe und in erster Linie Stärkung der Marktaufkraft durch Lohnerschöpfung, die der Produktionsseitige erfordert, verlangt werden.

Die angekündigte Gesamtausprägung der deutschen Metallarbeiter wird als eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung und eine Schädigung der deutschen Wirtschaft bezeichnet.

Die Schulgesetzverhandlungen endgültig gescheitert. Auch die Regierungskoalition erledigt. — Rentenwähler voransichtlich im Mai.

Berlin. (Funkspurk.) Der interkonservative Ausschuss der Regierungsparteien trat heute vorzeitig in Begleitung des Minister von Kewell und Oerig im Reichstag wieder zusammen. Wie das Nachrichtenblatt des Bda. hört, erwartet man, dass die Verhandlungen heute bald zu Ende geführt werden können, da es sich im wesentlichen bei der Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien nur noch um die Gestaltung handeln dürfte, für die die Kompromissverhandlungen über das Reichsschulgesetz ergebnislos geblieben sind. Um 10 Uhr wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt und der Ausschuss ging auseinander.

Wie das Nachrichtenblatt des Bda. weiter hört, wurde in der Sitzung ausdrücklich festgestellt, dass auf keiner Seite brauchbare Kompromissvorstellungen gemacht werden seien und dass damit die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten seien.

Für 11 Uhr vorzeitig war eine Besprechung der Mitglieder des Reichskabinetts mit den Führern der Regierungsparteien über die politischen Folgen des Scheiterns der Schulgesetzverhandlungen in Aussicht genommen.

Berlin. (Funkspurk.) Wie wir von unterrichteter parlamentarischer Seite erfahren, wurde in der Besprechung der Parteiführer mit den Kabinettmitgliedern festgestellt, dass nach dem nunmehr endgültigen Scheitern des Schulgesetzes auch die Regierungskoalition als erledigt angesehen wird.

Darauf unterschied man sich vorwiegend über die technische Seite der nun kommenden Erwidlung. Von Bedeutung ist dafür der Geschäftspunkt, dass der Staat, wenn er vom jetzigen Reichstag nicht mehr verabschiedet wird, im neuen Reichstag frühestens im Juni anhende geachtet werden könnte, während die Erledigung das Gesetz verhängsmäßig bis zum 1. April vorgeschrieben ist. An sich wäre für diesen Fall eine Rötlung in Form eines Budgetteiles oder einer Ermächtigung an den Finanzminister möglich. Bei den heutigen Vormittagsverhandlungen ist aber gelöst gemacht worden, dass die Verabsiedlung des Normalstaats bis Juni beendet würde, dass insoweit auch keine Verhandlungen mit dem Auslande gehabt werden könnten. Unter diesen Umständen ist bei allen Regierungsparteien die Regierung vorherrschend, den Staat, wenn irgendwie möglich, noch in diesem Reichstag fertigstellen zu lassen. In dieser Richtung werden die weiteren Verhandlungen im Laufe des Tages geführt werden, und zwar so, dass durch Vereinbarungen der Regierungsparteien und Kompromissnahme mit der Opposition eine breite Grundlage geschaffen wird, auf der ein Kabinettsprogramm für den Staat, den Reichstag, und möglichst auch für das Liquidationsabschärfegesetz aufgestellt werden kann. Auf den Reichstagsetat legt die Deutschnationale Volkspartei besonderen Wert, weil er auch die Hilfe für die Landwirtschaft umfasst.

Die Frage des Liquidationsabschärfegesetzes ist insofern noch nicht klar, als das Kabinett selbst noch nicht endgültig dazu Stellung genommen hat.

Regierungstreite auch in Sachsen.

Dresden. In Sachsen ist eine kleine Regierungstreite ausgebrochen, die ihre Ursache in Differenzen zwischen der Aufwertungs- und der Wirtschaftspartei hat. Die Aufwertungspartei hat mit der Rückziehung ihres Ministers, des Justizamtsministers Dr. v. Guemetti, gebrokt, falls die Lockerungsverordnung über die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume nicht gemildert bzw. für den Chemnitzer Bezirk ganz aufgehoben wird. Die Wirtschaftspartei fordert angesichts der Tatsache, dass Sachsen den niedrigsten Handelsanteil an der Wette hat, die Herauslösung dieses Anteils um 4%. Man hofft, die zur Zeit noch bestehenden Differenzen in der Ausschaffung im Laufe dieser Woche belegen zu können; andernfalls würde mit einer zweiten Regierungstreite zu rechnen sein.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbau.

Berlin. (Funkspurk.) Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigte sich anlässlich mit dem Antritt des Kabinettss des Wohnungswechsels auf Verabsiedlung eines Gesetzes zur Abschaffung des Kredits zur Förderung des Kleinwohnungsbau.

Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt zur Förderung des Kleinwohnungsbau sich bis zu einem Betrage von 10 Millionen Reichsmark an einer Kapitalerhöhung der deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin zu beteiligen. Das Reich muss am Gesamtkapital mit mindestens 50 vom Hundert beteiligt sein.

Der Reichsarbeitsminister wird weiter ermächtigt, im Inneren mit dem Reichsfinanzminister für Darlehen an diese Bank, die zu Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau verwendet werden sollen und im Rechnungsjahr 1928 aufgenommen werden. Das Reich muss bis zu einem Betrage von 200 Millionen Reichsmark die Bürgschaft übernehmen. Diese Zwischenkredite dürfen nur ge-

bei den weiteren Verhandlungen, die für heute zu Mässicht genommen sind, wird sich zeigen müssen, ob sich diese breite Basis für ein Kabinettsprogramm finden lässt; dabei wird eine Verhängung auch darüber gelingt werden, dass die Parteien sich verpflichten, nun kurz vor den Wahlen keine Agitationsschritte zu stellen.

In unterrichteten parlamentarischen Kreisen rechnet man im Augenblick mit Wainahlen. Ein späterer Zeitpunkt soll nach dem jetzigen Stande der Dinge nicht mehr in Frage kommen.

Das Ergebnis der Besprechung von Kabinett und Parteiführern.

Berlin. (Funkspurk.) Neben die Besprechung zwischen dem Kabinett und den Parteiführern, die um 11 Uhr zu Ende ging, wurde folgendes mitgeteilt:

Um 11 Uhr stand eine Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien mit den Kabinettmitgliedern über die durch den Abriss der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz geschaffene Lage fest. Man war sich einig darüber, dass es Ende des Reichskabinetts sei, die weiteren Beschlüsse zur Frage zu suchen. Es wird der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, die die Erledigung aller dringlichen Aufgaben der Regierungsbearbeitung ermöglicht. Die Besprechungen werden nach der Kabinettssitzung im Laufe des Nachmittags fortgesetzt werden.

Die „Rückbildung“ der Koalition.

Berlin. (Funkspurk.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat sich der Teil der Kabinettssitzung der Kabinettmitglieder mit den Parteiführern, der sich auf die Koalitionsfrage bezieht, so einwidelt, dass die Bezieher des Kabinets und der Bayerischen Volkspartei erklären, nach dem Scheitern des Schulgesetzes sei auch die Koalition erledigt. Graf Beck erwiderte darauf, dass die Deutschnationale, nachdem die Erklärung der beiden Parteien vorliege, eine entsprechende Erklärung für ihre Bezeichnung der Lage zu suchen. Es wird der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, die die Erledigung aller dringlichen Aufgaben der Regierungsbearbeitung ermöglicht. Die Besprechungen werden nach der Kabinettssitzung im Laufe des Nachmittags fortgesetzt werden.

Am Reichstag verlautet, dass die Deutsche Volkspartei noch im Laufe des Nachmittags eine Erklärung abgeben wird, in der ihr Standpunkt zur parlamentarischen Lage dargelegt wird.

Die „Rückbildung“ der Koalition.

Berlin. (Funkspurk.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat sich der Teil der Kabinettssitzung der Kabinettmitglieder mit den Parteiführern, der sich auf die Koalitionsfrage bezieht, so einwidelt, dass die Bezieher des Kabinets und der Bayerischen Volkspartei erklären, nach dem Scheitern des Schulgesetzes sei auch die Koalition erledigt. Graf Beck erwiderte darauf, dass die Deutschnationale, nachdem die Erklärung der beiden Parteien vorliege, eine entsprechende Erklärung für ihre Bezeichnung der Lage zu suchen. Es wird der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, die die Erledigung aller dringlichen Aufgaben der Regierungsbearbeitung ermöglicht. Die Besprechungen werden nach der Kabinettssitzung im Laufe des Nachmittags fortgesetzt werden.

Der Entwurf wird genehmigt.

Der Ausschuss trat darauf in die Einzelberatung des Haushaltes für das Heereswesen.

ein. Abgelehnt werden kommunistische Anträge auf Auflösung der Reichswehr, ferner auf Streichung des sogenannten Geheimfonds des Reichswehrministers.

Beim Kapitel „Bildungswesen“ kritisiert Abg. Dr. Moes (Soz.) die Arbeit des sogenannten parlamentarischen Beirats.

Die Neuanordnungen der Heeresbücher seien seit

familiale Bücher antirepublikanischen Inhalts.

Reichswehrminister Dr. Groener betont, sobald er dazu Zeit gewinne, werde er sich die Bücherei genauer ansehen, weil er den Wunsch habe, sie auf ein möglichst hohes Niveau zu bringen.

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich dann ausführlich

mit der Verlängerung der Heeresangehörigen und nahm schließlich eine Entlastung an, in der die Reichsregierung erlaubt wird, alljährlich eine Übersicht darüber vorzulegen,

wie sich die Unterbringung der Verlängerungsberechtigten gestalte, insbes. wie weit die Zahl der nicht im öffentlichen Dienst untergebrachten Verlängerungsberechtigten reiche.

Einzelberatung Donnerstag.

Der Nachtragsetat.

Berlin. Das Reichskabinett hat sich in seinen Sitzungen am Montag und Dienstag mit dem Nachtragsetat befasst, der Ausgaben in Höhe von rund 700 Millionen vor sieht. Der Betrag ist, wie der Reichsfinanzminister bereits mitgeteilt hat, in voller Höhe gedeckt. Der Nachtragsetat bezieht sich auf die Beamtenversorgungsreform, die Oberschenkelle, die landwirtschaftlichen Rentenabgaben und eine Reihe anderer Ausgaben. Er soll schnell wie möglich dem Reichstag zugeleitet und dann den Reichstags zur Verabsiedlung unterbreitet werden.